

Liebe Mitglieder der Unabhängigen,
sehr geehrte Interessierte,

Dezember 2023

da die Presse nur relativ wenig über die Initiativen und Positionen unserer Kreistagsfraktion berichtet, möchte ich dies hier zum Schluss des Jahres gern ergänzen. Der Landkreis befindet sich in einer schwierigen Haushaltslage, für die Jahre bis 2027 ist von einem Defizit in Höhe von rund 133 Mio. € auszugehen. Problematisch ist zudem, dass für die Finanzierung der Investitionen bis 2027 eine weitere Nettoneuverschuldung in Höhe von rund 186 Mio. erwartet wird. Die Verschuldung lag bereits Ende 2022 mit rund 175 Mio. € weit über dem Landesdurchschnitt. Diese Situation hat das Innenministerium regelmäßig sehr kritisch gewürdigt. Es ist nicht auszuschließen, dass es die Kreditaufnahmen nicht mehr vollständig genehmigt.

Trotz dieser hohen Defizite hat die Mehrheitsgruppe mit 35 Anträgen (davon ein Antrag zusammen mit der CDU-Fraktion) Mehrausgaben in Höhe von rund 4 Mio. € beschlossen. Zudem führen 2 Anträge mit investiven Mehrausgaben in Höhe von 1,2 Mio. € zu einem noch höheren Kreditbedarf. Durch eine gezielte schriftliche Anfrage haben wir sichergestellt, dass diese finanziellen Auswirkungen vor der Entscheidung des Kreistages offengelegt wurden. Ferner haben wir einen einstimmigen Kreistagsbeschluss zur Fortführung des auf unseren Antrag hin eingerichteten Arbeitskreises Haushaltskonsolidierung herbeigeführt und erreicht, dass dieses Thema in jeder Sitzung auf die Tagesordnung des Finanzausschusses genommen wird. Schriftlich angefragt haben wir auch die Haushaltsdefizite der Städte und Gemeinden, deren Eigenanteile an der Finanzierung der Kinderbetreuungskosten (rund 50 Mio. €) und die Belastungen durch die Kreisumlage. Im Hinblick auf diese Informationen war es für uns ausgeschlossen, der Erhöhung des Hebesatzes für die Kreisumlage und damit auch dem Kreishaushalt zuzustimmen. Offensichtlich ist es so, dass die unzureichenden Leistungen des Landes und des Landkreises für die Kinderbetreuung zu nicht vermeidbaren höheren Grund- und Gewerbesteuern führen.

Zudem haben wir mit dem Ziel einer Haushaltskonsolidierung folgende weitere Anträge gestellt:

- 1) Von 2019 bis 2024 sind beim Landkreis rund 150 Stellen neu geschaffen worden. Wir haben beantragt, aus unserer Sicht nicht notwendige Stellen (z. B. "Reservestellen") zu streichen und auf die entbehrliche Schaffung eines weiteren Dezernats zu verzichten. Die CDU-Fraktion hat dem Antrag teilweise zugestimmt, im Übrigen wurde er aber mehrheitlich abgelehnt.
- 2) Wir haben im Hinblick auf die regelmäßigen Überschüsse der Sparkasse und der Kreiswohnungsbaugesellschaft beantragt, deren Ausschüttungen an den Landkreis um jeweils 100.000 € zu erhöhen. Der Antrag fand keine Zustimmung.
- 3) Ferner haben wir es als notwendig angesehen, vor einer Rekommunalisierung des Reinigungsdienstes mit einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung festzustellen, ob diese Variante sparsamer und wirtschaftlicher als eine externe Vergabe der Reinigungsleistungen ist. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Es stellt sich die Frage, ob dieser Verstoß gegen die rechtlichen Vorgaben zu akzeptieren ist.
- 4) Zusammen mit der CDU-Fraktion und mit der FDP haben wir beantragt, den Städten und Gemeinden weitere Mittel für die Kinderbetreuung in Höhe von 4 Mio. € zur Verfügung zu stellen und zudem die Leistungen für die Kindertagespflege an die Tarifentwicklung anzupassen. Der Antrag wurde von der Mehrheitsgruppe abgelehnt.

5) Aufgrund nicht nachvollziehbarer immenser Steigerungen der Leistungen der Erziehungshilfe haben wir ebenfalls zusammen mit der CDU und der FDP beantragt, die Mittel für diesen Zweck um rund 2,8 Mio. € zu reduzieren und zum teilweisen Ausgleich des hohen Defizits im Haushaltsjahr 2024 (rund 30 Mio. €) eine globale Minderausgabe von 8 Mio. € zu veranschlagen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

In der Kreistagssitzung habe ich zusammenfassend zum Ausdruck gebracht, dass die Mehrheitsgruppe diese prekäre Haushaltssituation offensichtlich ignoriert und die Städte und Gemeinden nicht ausreichend unterstützt. Zudem blendet sie aus, dass die zwischenzeitlichen Kostensteigerungen, die höheren Zinsen für die zu erwartenden hohen Kreditaufnahmen und auch die steigenden Migrationszahlen zu weiteren erheblichen Risiken führen werden. Mit der Pflicht, die Ganztagsgrundschulen einzuführen, stehen für die Städte und Gemeinden und auch für den Landkreis (!) weitere Herausforderungen bevor. Sie sind kaum zu bewältigen. Es zeichnet sich nämlich ab, dass auch für diese Aufgabe vom Land nur in sehr begrenzter Höhe Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Wir werden uns dennoch im Kreistag weiterhin engagiert einsetzen. Immerhin kümmern zumindest wir uns um Themen, die für die Städte und Gemeinden, aber auch für den Landkreis selbst für die Zukunft eine große Bedeutung haben.

Ihnen und Ihren Familien wünschen wir frohe Weihnachten, einen schönen Jahreswechsel und alles Gute für das kommende Jahr!

Für die Kreistagsfraktion der Unabhängigen
Josef Stuke

Termine

Am **28.12.2023** findet die **33. Grenzbegehung** in **Freden** statt. Treffpunkt ist am Rathausvorplatz um 13 Uhr. Anmeldungen sind direkt bei Herrn Walter Schmidt (schmidtfreden@gmx.de) bis zum 23.12.2023 möglich.

Für den **10.02.2024** ist unsere jährliche **Braunkohlwanderung** in Adensen geplant. Treffpunkt ist um 15 Uhr am Hotel Landhaus Adensen. Eine Anmeldung ist erforderlich.

Bürozeiten

Das Fraktionsbüro der Unabhängigen im Kreistag ist vom 27.12.2022 bis 02.01.2024 sowie vom 10.01.2024-12.01.2024 nicht besetzt.

Unabhängige in Elze

Einstimmigkeit herrschte bei fast allen 18 Tagesordnungspunkten der Elzer Ratssitzung am 29.11.2023, doch beim Investitionsprogramm für die Jahre 2024 bis 2027 sowie beim Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024 gab es jeweils eine Gegenstimme von der UWE-Fraktion, die gar von einem gesetzeswidrigen Haushalt spricht. ...

Das gilt nicht für das Investitionsprogramm für die Jahre 2024 bis 2027 – **Ulrich Bantelmann** stimmte dagegen und **Michael Röver** enthielt sich der Stimme. Bantelmann gab eine Begründung dafür ab, die auch der LDZ vorliegt. Darin beruft er sich auf das Bundesverfassungsgericht, wonach das Prinzip der kassenwirksamen Fälligkeit eingehalten werden müsse. „Betrachten wir unseren vorliegenden Haushalt, so gibt es im Bereich der Investitionen veranschlagte Ausgaben etwa für den Anbau der Mehler Grundschule in Höhe von 800 000 Euro – bereits für das laufende HH-Jahr und nochmals 1,2 Millionen Euro für das HH-Jahr 2024.“



Ich glaube nicht, dass wir für dieses Projekt 800 000 Euro ausgegeben haben beziehungsweise noch ausgeben werden, zumindest sehe ich da keinen notwendigen Baubetrieb. Es ist daher auch nur schwer vorstellbar, dass auch in 2024 ein Kostenvolumen von etwa 1,2 Millionen Euro verbaut werden wird. Solche Investitionen gibt es da noch mehr im Haushaltsentwurf. So wurden 900 000 Euro für den Ausbau des Grabenwegs angesetzt. Und? Wo ist der bitte 2023 ausgebaut worden?“, so der UWE-Ratsherr, der den Haushalt laut Bundesverfassungsgesetz für gesetzeswidrig hält. Dem widersprach Wolfgang Schurmann: „Das sind nur Planungsleistungen, noch keine Bautätigkeiten“, so Elzes Bürgermeister in der Sitzung. Im nachgeschobenen LDZ-Gespräch hat er gestern Vormittag Beispiele genannt, warum für 2023 geplante Maßnahmen noch nicht umgesetzt werden konnten: „Der Ausbau der Hauptstraße wurde wegen des Edeka-Marktes verschoben, der Ausbau des Grabenweges wegen einer Plan-Änderung“, so Schurmann. Darüber hinaus gebe es das generelle Problem, dass es derzeit schwierig sei, Planungsbüros zu finden.

(Quelle Text+Foto: Rolf Kuhlemann, LDZ 01.12.2023)

Siehe hierzu auch den Leserbrief von **Reiner Modrey** und Jens Rinne auf Seite 10

Unabhängige in Freden

Der Haushalt des Jahres 2024 wurde während der Sitzung am 14.12.2023 beschlossen. Dieser weist einen Fehlbetrag von 720.000 € aus. Da die Gemeinde Freden Rücklagen von 1 Mio. € hat ist er dadurch ausgeglichen. Auf die Anhebung von Steuern kann daher zurzeit verzichtet werden. „Es ist erfreulich, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr Steuern zahlen müssen“, so **Walter Schmidt**. Auch eine Erhöhung des Wasserpreises steht derzeit nicht an. In 2022 erwirtschaftete das Wasserwerk einen Gewinn von 19.000 €. In 2023 wird ein Gewinn von etwa 20.000 € erwartet. Im Abwasserbereich ist Freden im Jahr 2020 dem Solidarbereich des Wasserverbandes Peine beigetreten. Hier erfolgt zum Jahr 2024 eine Erhöhung um 0,36 Cent auf dann 3,63 €. In den nächsten Jahren sind folgende Investitionen geplant:

- Neubauten für die Feuerwehren in den Orten Everode, Wetteborn, Ohlenrode
- Fertigstellung des Schwimmbades in Freden
- Ausbau der Kreisstraße in Eyershausen
- Investitionen in das Schulgebäude (behindertengerechter Umbau)

Unabhängige in Harsum

Rückblick auf Engagement im Ortsrat, Gemeinderat und Kreistag

Auch in diesem Jahr haben wir uns mit zahlreichen Aktivitäten für unsere Ortschaft und für unsere Gemeinde eingesetzt. Dazu zählte vor allem das Engagement für Kinder und Jugendliche. Neben der Organisation der Ferienfahrt ins Phaeno in Wolfsburg haben wir die Jugendarbeit in Borsum durch erneute Spenden aus unseren Mitgliedsbeiträgen in Höhe von 600 € und mit den Erlösen aus den monatlichen Altpapiersammlungen unterstützt. Ferner haben wir die Markierungen von Tempo-30-Zonen erneuert und mit mehreren Ortsratsmitgliedern an der Aktion „Saubere Landschaft“ teilgenommen. Mit der Teilnahme am Stadtradeln haben wir ganz erheblich zu einem guten Ergebnis der Gemeinde Harsum beigetragen und deutlich gemacht, wie wichtig gute Radwegeverbindungen sind.

Im Ortsrat haben wir uns nachdrücklich für die baldige Realisierung des Borsumer Baugebietes und die Umsetzung weiterer investiver Maßnahmen eingesetzt. Die Erschließung des Baugebietes hat nun endlich begonnen, zudem ist der Auftrag für weitere barrierefreie Bushaltestellen im Bereich der ehemaligen Volksbank vergeben worden. Ein Teilstück des Fußweges in der Schillerstraße ist erneuert worden.

Die erheblichen Kosten für die Kinderbetreuung und die Belastungen durch die Kreisumlage haben für die Gemeinde Harsum dazu geführt, dass im kommenden Jahr von einem Haushaltsdefizit in Höhe von mehr als 3 Mio. € auszugehen ist. Sowohl der für die Kinderbetreuung zuständige Landkreis als auch das Land Niedersachsen stellen für diese Aufgabe keine ausreichenden Mittel zur Verfügung. Vielmehr hat die von der SPD und von den Grünen geführte Mehrheitsgruppe im Kreistag durch die Erhöhung der Kreisumlage weitere finanzielle Belastungen verursacht. Auch der Landkreis Hildesheim geht für die nächsten Jahre von sehr hohen Haushaltsdefiziten aus, für die Jahre 2024 bis 2027 sind 133 Mio. € veranschlagt worden. Die Verschuldung lag mit rund 175 Mio. € bereits Ende 2022 deutlich über dem Landesdurchschnitt, für die Jahre 2024 bis 2027 wird von einer weiteren Nettoneuverschuldung in Höhe von 186 Mio. € ausgegangen.

Diese Situation haben wir sowohl im Gemeinderat als auch im Kreistag zum Anlass genommen, nachdrücklich auf die Umsetzung von Konsolidierungsmaßnahmen hinzuwirken. Für den Haushaltsplan der Gemeinde Harsum haben wir zu diesem Zweck unter anderem eine Sperrung von Haushaltsmitteln in Höhe von 550.000 € vorgeschlagen und gemeinsam mit der CDU beschlossen. Leider mussten auch die Hebesätze für die Grundsteuern und für die Gewerbesteuer moderat erhöht werden. Diese Maßnahme soll dazu beitragen, weitere finanzielle Belastungen durch Kreditaufnahmen zu vermeiden. Erfreulich ist, dass die für den Umbau des Adlumer Kindergartens notwendigen Mittel im Haushaltsplan veranschlagt sind. Wir haben uns auch dafür eingesetzt, dass das Multifunktionsspielfeld in Adlum nunmehr möglichst zügig geplant und umgesetzt wird. Den Vorschlag der Gemeindeverwaltung, Grundgebühren für Wasser- und Kanalgebühren zu erhöhen bzw. einzuführen, haben wir erfolgreich abgelehnt. Vielmehr soll weiterhin vorrangig die Verbrauchsgebühr maßgebend sein. Hierdurch wird ein sparsamer Wasserverbrauch gefördert.

Im Kreistag haben wir mit einem einstimmigen Kreistagsbeschluss durchgesetzt, dass der auf unseren Antrag hin eingerichtete „Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung“ weiterhin auf einen sparsamen und wirtschaftlichen Mitteleinsatz hinwirkt. Unsere übrigen Einsparvorschläge wurden von der Mehrheitsgruppe leider abgelehnt.

Diese hat zudem mit zahlreichen Entscheidungen (36!) trotz des Defizits im Jahr 2024 von rund 30 Mio. € zusätzliche Ausgaben in Höhe von mehr als 5 Mio. € beschlossen. Demgegenüber wurde der gemeinsam von der CDU, der FDP und von unserer Fraktion gestellte Antrag, den Städten und Gemeinden Mittel in Höhe von 4 Mio. € für die Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen, abgelehnt. Wir werden uns weiterhin für eine ausreichende Mittelbereitstellung einsetzen, um Haushaltsdefizite der Städte und Gemeinden und Belastungen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger zu vermeiden.

Ihnen und Ihren Familien wünschen wir ein frohes Weihnachtsfest, einen guten Übergang in das kommende Jahr und alles Gute.

Ihre Ortsrats-, Rats- und Vorstandsmitglieder vom Bündnis für Borsum!
Die Unabhängigen in der Gemeinde Harsum

Martin Böker, Peter Brammer, Christian Bumiller, Bernward Burkard,
Alfred Feise, Konrad Helmsen, Elisabeth König, Karin Mai, Josef Stuke,
Marc Synwoldt, Nicole Wirries und Paul Wolfinger

Rückblick auf das Jahr 2023

Auch in diesem Jahr ist es unserer Ortschaft gelungen, viele Veranstaltungen erfolgreich durchzuführen und damit die Dorfgemeinschaft zu fördern. Dazu zählen die Aufstellung des Maibaums, die Vergabe der Bürgerscheibe, die Ausrichtung des Dorfpokals, der 23. Martinsmarkt und die Gedenkstunde zum Volkstrauertag. Die Organisation dieser Termine ist mit einem großen ehrenamtlichen Einsatz verbunden. Dieses Engagement muss daher besonders erwähnt und gewürdigt werden. Vor allem möchte ich auf die vorbildliche Organisation des Martinsmarkts durch die Mitglieder des Marktausschusses hinweisen. Zum Rückblick auf das Jahr 2023 gehören auch die zahlreichen traditionellen Termine unserer Vereine. Davon profitieren nicht nur die Vereinsmitglieder, sondern alle Bürgerinnen und Bürger unserer Ortschaft.

Auch in diesem Jahr hat der Ortsrat Mittel für die Förderung der Vereine und zur Unterstützung der Borsumer Jugendarbeit zur Verfügung gestellt. Zudem haben wir eine Seniorenfahrt zur Landesgartenschau nach Bad Gandersheim und eine Ferienfahrt ins phaeno in Wolfsburg durchgeführt. Auch für das nächste Jahr ist eine Fahrt für ältere Bürgerinnen und Bürger sowie eine Ferienaktion vorgesehen.

Erfreulich ist, dass nunmehr endlich die Erschließungsmaßnahmen für das Baugebiet „An der Filderkoppel“ begonnen haben. Leider hat sich dieses für unser Dorf wichtige Projekt erheblich verzögert. Ich hoffe, dass die Baugrundstücke im nächsten Jahr möglichst frühzeitig zur Verfügung stehen. Erfreulich ist auch das vor kurzem von der Volksbank eG Hildesheim-Lehrte-Pattensen vorgestellte Wohnprojekt für Senioren auf dem Grundstück an der Langen Straße. Das dortige Bankgebäude wird in der ersten Jahreshälfte 2024 abgerissen. Die Fertigstellung der Wohnungen ist für Anfang 2026 geplant. Wir freuen uns darüber, dass die Infrastruktur unseres Dorfes mit einem solchen bisher in Borsum nicht vorhandenen Wohnangebot aufgewertet wird. Der Beamtenwohnungsverein beabsichtigt, im Baugebiet „An der Filderkoppel“ weitere Wohnungen für ältere Menschen zu schaffen. Das ist insgesamt eine positive Entwicklung, Borsum bleibt ein Dorf mit einer guten Zukunft für Familien mit Kindern und für ältere Bürgerinnen und Bürger.

Abschließend möchte ich mich sehr herzlich bei allen bedanken, die sich erneut ehrenamtlich oder im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit für unser Dorf eingesetzt haben.

Ihnen und Ihren Familien sowie allen Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde Harsum wünsche ich frohe Weihnachten und alles Gute für das Jahr 2024.

gez. Josef Stuke
Ortsbürgermeister

Unabhängige in Hildesheim

In der Ratssitzung am 18.12.2023 haben die Unabhängigen, wie bereits angekündigt, dem Haushalt 2024 nicht zugestimmt und ebenso auch nicht den Steuererhöhungen. **Erdinc Parlak** in der Ratssitzung zum Tagesordnungspunkt Erhöhung der Zweitwohnungssteuer:

„Eine 50 %ige Erhöhung, um 6 Prozentpunkte auf 18 %, finde ich als unangemessen und überzogen. Wir in Hildesheim liegen damit wie die Städte München und Leipzig gleichauf. Die Städte wie z.B. Kassel und Lüneburg erheben lediglich 8 % Zweitwohnungssteuer und die Städte Göttingen und Salzgitter verzichten gänzlich auf die Bagatelsteuer.

Die Zweitwohnungssteuer, eine unnötige und bürokratische Belastung der Bürger. Als Bagatelsteuer verursacht sie hohen Aufwand bei geringem Erlös. Gerade in Zeiten der Krise, ist nicht die Belastung, sondern Entlastung der Bürger geboten. Daher die Abschaffung der Zweitwohnungssteuer, und nicht die Erhöhung wäre eine richtige Maßnahme zur richtigen Zeit.

Wir, die Gruppe CDU, die Unabhängigen und FDP, lehnen die Erhöhung der Zweitwohnungssteuer dieser Vorlage ab.“

Unabhängige im Landkreis Hildesheim

Haushaltsdebatten 2024

In den Kommunen wurde und wird zurzeit über die Haushalte des kommenden Jahres diskutiert. Leider finden die Diskussionen unter schwierigen Voraussetzungen statt, viele Kommunen können ihre Haushalte nicht ausgleichen. Die Standardmethode damit umzugehen ist es, die Grund- und Gewerbesteuer zu erhöhen. Seitens der Verwaltung wird eine „vorsichtige“ Zahlenschätzung vorgelegt, meistens zu negativ, aber mit der Folge, dass die Entscheidungsträger im Rat auf Linie sind. Im Rechnungsergebnis ist das Ergebnis des Haushaltsjahres dann deutlich besser als angenommen, aber das schaut sich ja keiner mehr an.

Doch es gibt kein Einnahmeproblem im Staat, sondern Rekordsteuereinnahmen, die Inflation sorgt dafür, die Mineralölsteuer ist ein gutes Beispiel. Wir haben ein Ausgabeproblem. Die Parteien in Bund und Land verteilen politische Wohltaten, ohne sich über die Finanzierung ausreichend Gedanken zu machen. Entwicklungshilfe für Indien, ausufernde Verwaltung, permanente Wahlgewinne an das Wählervolk, und natürlich ein irrer Nachholbedarf bei den Verteidigungsausgaben, in den letzten Jahrzehnten durch CDU und SPD verschuldet – alles vom Bund gewollt. Die Kommunen erhalten neue Aufgaben, ohne ausreichende Finanzierung. Das Motto: Es wird schon irgendwie gehen. Dem Bürger wird durch Erhöhung von Abgaben, Gebühren und anderen inflationsbedingten Kostensteigerungen das Geld wieder weggenommen, das vorher Pressewirksam verteilt wurde.

Eigene Gestaltung in der Gemeinde: dafür bleibt kein Geld mehr, egal in welchem Zustand vielerorts die kommunalen Sportstätten und Schulen sind.

Wir wissen das! Was tun wir? Einige der unabhängigen Ratsmitglieder lassen sich einfangen, einige argumentieren und stimmen dagegen. Einige stimmen mit, um den Haushalt in Ordnung zu bringen. Sie sind ja jetzt in der Verantwortung, sozusagen „Staatstragend“, sie können sich da nicht verweigern. Viele begründen ihre Ablehnung, aber kommt das und die Gründe deutlich beim Wähler an? Werden wir als Die Unabhängigen mit festen Positionen im Landkreis wahrgenommen? Wir fürchten nicht! Eine klare Linie und die Gründe dafür der Unabhängigen insgesamt sind nicht deutlich für die Bürger zu erkennen.

Für manche gilt: Sobald wir gewählt sind, fühlen wir uns wichtig und vergessen unsere Ziele. Es wäre ehrlich, wenn wir diesen Mist, den die Parteien verzapft haben, nicht auch noch unterstützen und durch Gebührenerhöhung für den Bürger absegnen. Es ist nicht unser Problem was da entstanden ist, das waren die Parteien. Wir müssen sie nicht unterstützen, sondern Klartext reden und auch dazu stehen, so wie im Kreistag bei der Ablehnung des Kreishaushaltes! Sonst merken die Bürger, dass uns niemand braucht und man gleich CDU oder SPD wählen kann.

Wenn es uns nicht gelingt, eine eigene politische Position für den ganzen Landkreis in den übergreifenden Fragen deutlich zu machen, dann werden uns die AfD und Freien Wähler den Rang ablaufen, und das berechtigterweise.

gez. Vorstand Unabhängige im Landkreis Hildesheim

Unabhängige in der Samtgemeinde Leinebergland - Duingen

Bericht von der Mitgliederversammlung für das Jahr 2023

Erst spät im Jahr und bewusst so abgesprochen, wurde die Mitgliederversammlung im November abgehalten. Es sollte die Chance genutzt werden, nicht nur auf das Jahr 2023 zu schauen, sondern auch gleich den Blick auf das Jahr 2024 werfen zu können. Ende April ist immerhin Halbzeit der Legislatur.

Sehr erfreut konnten die beiden Vorsitzenden der Unabhängigen, **Uwe Steinhäuser** und **Ulrich Bantelmann**, in der Mitgliederversammlung begrüßt werden, die der Einladung gefolgt waren.

Vorstand wurde neu formiert

Nachdem **Lukas Pohlmann** seine Tätigkeit als Schriftführer aus zeitlichen Gründen leider abgeben musste, wurde **Alexander Stahlmann** in der Mitgliederversammlung einstimmig in dieses Amt und damit in den Vorstand gewählt. Weitere Wahlen standen nicht an.

Berichte aus den Gremien

Das Jahr 2023 war für die WGL doch ziemlich ereignisreich und im Kreistag, wie in der Samtgemeinde ziemlich ernüchternd.

Es wurde dort Parteipolitik in reinsten Form umgesetzt und in der Sache nicht unbedingt richtig entschieden. In Bezug auf die Wirtschaftlichkeit von Projekten konnte man kaum noch Verständnis für Entscheidungen aufbringen. Setzt sich im Kreistag die Gruppe durch und lehnt grundsätzlich die Anträge der Oppositionsparteien ab, haben sich in der Samtgemeinde Leinebergland die SPD und die CDU scheinbar politisch verbrüdet und handeln ausgesprochen unwirtschaftlich.

Die Ausgaben führen dann natürlich dazu, dass sich die Samtgemeindeumlage dramatisch zu Lasten der Mitgliedsgemeinden auswirkt.

Im Landkreis wie in der Samtgemeinde werden jede Menge Projekte angeschoben, die teilweise generell oder auch in Priorität und Art der Ausführung, zwingend hinterfragt werden müssten.

Geschieht aber fast überhaupt nicht, weil die Mehrheit die Umsetzung so beschließt. Leider wird medial darüber nicht ausreichend und hintergründig berichtet.

Es ist schade, weil die Unabhängigen im Kreistag und die WGL im Rat der Samtgemeinde häufig klare Zeichen setzen und gut begründet dagegen stimmen.

Wie soll es in der WGL weitergehen?

Wolfgang Schulz ist 2022 aus allen Gremien ausgeschieden und die Nachbesetzungen waren problemlos möglich.

Die Mitglieder hatten schon in 2022 darum geworben, dass er den Vorsitz in der WGL behält und sich auch weiterhin für die Entwicklung einsetzt. Ist und bleibt so!

Die Versammlung war sich einig darüber, dass es an der Zeit ist, die Ziele und die schlüssige Arbeit der WGL und der Unabhängigen im Landkreis viel deutlicher an die Einwohnerschaft zu transportieren. Dies gilt vermutlich für alle Unabhängigen im Landkreis, mit denen sich die WGL Duingen ganz klar identifiziert und eine verbesserte Zusammenarbeit anstrebt.

Für das Jahr 2024 wird der Vorstand der Duingen WGL zunächst auf die WGL Gronau zugehen, um auszuloten, ob es mit Blick auf die Wahlen 2026 nicht Sinn macht, einen Samtgemeindeverband zu gründen. Der Gedanke wurde zwischen den jeweiligen Vorsitzenden schon mal ins Auge gefasst. Ein Vorstandstreffen soll organisiert werden.

Es wurde auch diskutiert, sich mit "den Unabhängigen" im ganzen Südkreis deutlich besser zu vernetzen und einfach mal ein völlig offenes Gespräch zu führen, wie man möglichst voneinander profitieren und/oder auch Fehler vermeiden kann. Die Parteien sind in dieser Beziehung ganz klar im Vorteil, den es gilt abzubauen oder zumindest zu verkleinern.

Nach Ende der Versammlung wurde noch lecker Grünkohl gegessen und die Tischgespräche rundeten diesen kommunalpolitischen Abend gelungen ab!

gez. Wolfgang Schulz

Unabhängige in Sarstedt

Zum Thema Baugebiet "Fasanengarten III" unseres Mitglieds Jaqueline Rohde

Am 13.09.2023 -anlässlich eines Termins zur Ortsbegehung in Heisede- wurde unter anderem auch der Bereich des Kinderspielplatzes, Heiseder Straße, am angrenzenden geplanten Neubaugebiet „Fasanengarten III“ von Teilen des Ortsrates und Herrn Andermann von der Stadt Sarstedt, kurz in Augenschein genommen und dabei auch nochmals allgemein bereits bekannte Umstände erläutert. Gutachten, Zeichnungen oder Prüfergebnisse gab es für die Beteiligten nicht an die Hand.

Mit einer E-Mail vom 25.09.2023 wurde der Stadt Sarstedt ein Entwurf der Einladung zur folgenden Ortsratssitzung Heisede zum 11.10.2023 mit den vom Ortsrat zusammengestellten Tagesordnungspunkten sowie dem Hinweis „Sofern seitens der Stadt Sarstedt noch Themen behandelt werden sollen, bitten wir die Tagesordnungspunkte nachzutragen,“ zu gesandt. Eine „Anhörung des Ortsrates“ zum Neubaugebiet wurde hier seitens der Stadt nicht angeregt oder gar ergänzt.

Nach Eröffnung der Sitzung des Ortsrates Heisede am 11.10.2023, und der Frage in Bezug auf TOP 2, ob Änderungsanträge zur Tagesordnung vorhanden seien, ist von Seiten der Stadt die „Anhörung des Ortsrates“ zum Neubaugebiet ebenfalls nicht vorgeschlagen worden.

In der Tagesordnung zu der Ortsratssitzung war unter dem TOP 6 die „Vorstellung einer Entwurfsskizze zum vorgesehenen Baugebiet "Fasanengarten III" durch den Investor“ aufgeführt.

Die Wortwahl wurde von Peter Kothe in der Form deshalb verwendet, weil es sich hier aufgrund von fehlenden Informationen eben nicht um die gesetzlich vorgesehene „Anhörung des Orsrates“ handeln konnte. Hier liegt der Fehler oder das Versäumnis bei der Stadt Sarstedt.

Die Vorstellung seitens des Investors erfolgte mittels einer überschaubaren Powerpoint-Präsentation zur geplanten Bebauung der Fläche, allerdings ohne Darlegung von Details zum beabsichtigten Projekt, weshalb auch nur allgemein gehaltene Fragen aus dem Gremium und dem Zuschauerkreis gestellt worden sein dürften.

Nach Beendigung des Vortrags und Aufhebung der Sitzungsunterbrechung gab der Bauamtsleiter zu verstehen, dass diese Vorstellung als „erste Anhörung des Orsrates“ bewertet bzw. mitgenommen werden könne. Diese Äußerung kam für den Ortsrat überraschend und stieß auf Verwunderung sowie Ablehnung.

In der am 15.11.2023 stattgefundenen Ortsratssitzung kam der Tagesordnungspunkt der Anhörung korrekt auf die Einladung. Die Unterlagen zu dem TOP kamen jedoch erst 5 Werktage vor der eigentlichen Sitzung in Form eines dicken Leitz Ordners mit doppelseitig bedrucktem Papier, Zeichnungen, Gutachten, Tabellen und Ansichten. Ein Abarbeiten, erfassen und sich vielleicht auch noch mal dazu austauschen war nicht möglich, denn die Inhalte waren teilweise bedenklich.

Erstaunlicherweise waren diverse Gutachten schon viele Monate oder gar Jahre alt. Das Jüngste war der artenschutzrechtliche Fachbeitrag von Februar 2023, das älteste die Gefährdungsabschätzung von November 2017. Es wäre also durchaus möglich gewesen, diese Dokumente früher an den Ortsrat weiterzuleiten.

Im Konsens müsse man den örtlichen Bedarf an Bauland und EFH decken, primär die Deckung des Eigenbedarfes des Ortsteils Heisede. Der Mangel an Wohnbaufläche sei angeblich eindeutig belegbar. Dabei ist das letzte Baugebiet "Am Dorfe" noch nicht vollständig bebaut und die Straßen erstellt. Angesichts der wirtschaftlichen Situation können es sich junge Familien gar nicht mehr leisten zu bauen. Im Baugebiet "Sonnenkamp-Ost" spiegelt es sich ebenfalls wieder, dass die Lust am Bauen verfliegen ist. Wo genau der "benötigte Bedarf" herkommt, lässt der Investor offen. Auch unter den zu Wort kommenden Anwohnern machten sich die Bedenken breit, was die Grundwassersituation und die Grabenführung in die So-rauer Straße angeht.

Auf Grund dessen, dass der Ortsrat intern sich nicht vorab dazu informieren, austauschen und abstimmen konnte, wurde der TOP bei zwei Enthaltungen (SPD) vertagt. Als Ortsrat werden wir uns zu dem Thema mit Beginn des Jahres 2024 gemeinsam auseinandersetzen, bevor wir uns dazu in einer nächsten öffentlichen Sitzung äußern werden.

Der Umfang dieser Thematik ist ernst zu nehmen und man benötigt Informationen und Gespräche, um wirklich für eine Sitzung gewappnet zu sein. Und die fehlten. Auch wenn es vielleicht nach außen wirkt, dass "der Heiseder Ortsrat immer gegen alles" ist, es ist der Umgang, mit der man da ein Thema durchzupeitschen versucht.

Der Ortsrat wurde im Anschluss durch den Investor per Mail gebeten, doch noch im Dezember 2023 eine Entscheidung herbeizuführen, und erneut eine Ortsratssitzung durchzuführen. Was aber von den Mitgliedern aus verständlichen Gründen abgelehnt wurde.

Es sind die Versäumnisse der Stadt Sarstedt, die das Thema nicht korrekt auf die Tagesordnung und zeitnah mit den dazu gehörigen Informationen ausgestattet hat, die den Zeitverzug verursachen.

gez. Jaqueline Rohde

Leserbrief

zum Artikel "Elzer Haushalt gesetzeswidrig?" in der LDZ vom 01.12.2023 unseres Mitglieds Rainer Modrey mit Jens Rinne

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Klage der CDU Bundestagsfraktion zum zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2021 unmissverständlich klargestellt, dass der Haushaltsgrundsatz der Fälligkeit besagt, dass im Haushaltsplan nur diejenigen Einnahmen und Ausgaben veranschlagt werden dürfen, die im Haushaltsjahr voraussichtlich kassenwirksam (vereinfacht: ausgegeben) werden. In komplizierterer Fassung findet man diesen Grundsatz in § 10 der Niedersächsischen Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung (KomHKVO) wieder.

Die berechtigte Kritik des Ratsherren Bantelmann setzt hier an. So wurden im Haushalt 2023 der Stadt Elze Ausgaben in Höhe von 800.000 Euro für einen Anbau an die Grundschule in Mehle, 900.000 Euro für den Ausbau des Grabenwegs und 600.000 Euro für einen Anbau an das Feuerwehrgerätehaus in Elze veranschlagt. Diese Ausgaben in Summe von 2,3 Mio. Euro wurden nicht oder nur zum Teil kassenwirksam. Die Aufzählung ließe sich aber bei genauerem Hinsehen noch erweitern.

Die Aussage des Bürgermeisters, dass es sich dabei nur um Planungsleistungen und nicht um Bautätigkeiten handele, erscheint unwahrscheinlich. Wenn die Planungsleistungen für diese Baumaßnahmen schon 2,3 Mio. Euro verschlingen, was sollen denn dann erst die Maßnahmen kosten?

Zur Baumaßnahme „Ausbau der Hauptstraße“ war seit längerem bekannt, dass sich der Bau der Edeka-Marktes verschieben würde. Diese Maßnahme hätte deswegen gar nicht in den Haushalt 2023 aufgenommen werden dürfen.

Sobald zu erkennen war, dass die oben genannten Ausgaben nicht kassenwirksam werden, hätte mit einem Nachtragshaushalt nachgesteuert werden müssen.

In seinem Leserbrief vom 02.12.2023 vertritt der Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Elze die Auffassung, dass der Haushalt der Stadt Elze nicht gesetzeswidrig sei. Es käme unter bestimmten Voraussetzungen eine Übertragbarkeit von Haushaltsmitteln in das nächste Haushaltsjahr in Betracht. Dieses würde bei der Stadt Elze aber aus Gründen der Transparenz nicht gemacht. Dazu kann man nur wieder auf das oben genannte Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts verweisen. Darin wird auch darauf verwiesen, dass nach dem Prinzip der Jährigkeit Ermächtigungen nur bis zum Ende des Haushaltsjahres in Anspruch genommen werden dürfen. Anschließend verfallen sie grundsätzlich ersatzlos. Hier wird das Land Niedersachsen wohl tätig werden müssen.

Im Übrigen ist es sehr löblich, dass der Fraktionsvorsitzende die Transparenz der Stadt Elze hervorhebt. Der Gipfel der Transparenz wäre jedoch, wenn die Verwaltung dem Rat endlich mal vor Veranschlagung der Baumaßnahmen die nach § 12 (2) KomHKVO erforderlichen Unterlagen vorlegen würde.

gez. Jens Rinne, Wülfingen; Reiner Modrey, Elze

Wir engagieren uns:

Die Förderung von Kindern und Jugendlichen ist für den Borsumer Ortsrat ein besonderes Anliegen. Zu diesem Zweck wurden seit dem Jahr 2006 monatlich Altpapiersammlungen auf dem Hof von **Martin Böker** durchgeführt. Mit den bisherigen 205 Sammlungen sind Erlöse in Höhe von rund 27.200 € erzielt worden. Diese wurden vor allem den Borsumer Vereinen, der Jugendfeuerwehr, dem Förderverein der Borsumer Grundschule und der Bücherei zur Verfügung gestellt.

Nunmehr hat uns die Firma JRS Prozesstechnik GmbH & Co KG aus Pattensen darüber informiert, dass sie das Altpapier aufgrund der aktuell niedrigen Erlöse und der gestiegenen Containerkosten nicht mehr abnehmen wird. Daraufhin habe ich Gespräche mit dem ZAH geführt. Für die Bereitstellung eines Containers wird eine Gebühr in Höhe von 140 € erhoben. Nach den bisherigen Durchschnittserlösen könnten damit lediglich diese Kosten gedeckt werden. Auf dieser Grundlage müssen wir die Sammlungen daher leider einstellen. Das Bündnis für Borsum hat aber zugesagt, die Aktion für eine Übergangszeit von drei Monaten noch durchzuführen und evtl. Kosten zu übernehmen. Ganz wichtig wäre es daher jetzt, zu den üblichen Terminen (8. bis 10.1., 5. bis 7.2. und 4. bis 6.3.2024) möglichst viel Altpapier zu entsorgen, damit mindestens die Kosten gedeckt sind. Dafür wäre ich allen sehr dankbar!

Mein besonderer Dank gilt **Martin Böker**, der diese Sammlung seit mehr als 17 Jahren sehr engagiert unterstützt hat. Ferner bedanke ich mich sehr herzlich bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die mit ihrem Altpapier regelmäßig die wichtige Borsumer Jugendarbeit gefördert haben!

gez. Josef Stuke
Ortsbürgermeister

Im Anschluss an die Gemeinderatssitzung wurde **Dirk Sattler** aus Eberholzen im Auftrag des Städte- und Gemeindebundes für seine 20-jährige Ratstätigkeit geehrt. Hans-Jürgen Köhler lobte Sattlers Einsatzbereitschaft, auch in schwierigen Situationen. **Sattler** war auch als Schiedsmann tätig und engagiert sich unaufgeregt sowohl in der Gemeinde als auch im Ortsrat und hat immer ein offenes Ohr für die Anliegen seiner Mitmenschen. (Quelle Text+Foto: Sabine Hartmann, LDZ 02.12.2023)



Dirk Sattler (links) gehört dem Gemeinderat Sibbesse seit mittlerweile zwei Jahrzehnten an. Gemeindebürgermeister Hans-Jürgen Köhler gratuliert.

Pressemitteilung von der „Bürgerinitiative Keine Altlasten im Leinetal“; Pressesprecher ist unser Mitglied **Guido Franke**

Unser jahrelanges Engagement hat sich gelohnt

Am 29.11.2023 fand in Hannover eine Sitzung des Petitionsausschusses des Niedersächsischen Landtags statt. Unsere Petition aus dem Jahr 2020 war in dieser Sitzung der einzige Tagesordnungspunkt, der öffentlich war. Der Ausschuss befragte des Altlasten-Experten des Niedersächsischen Umweltministeriums, Herrn Dr. Kallert, zum aktuellen Sachstand beim Sanierungsplan „Desdemona“. Er teilte den Abgeordneten mit, dass Ihn der Landkreis Hildesheim, als Genehmigungsbehörde, über die Ergebnisse der letzten Gutachten informiert hätte.

Darüber hinaus hätte der Landkreis mitgeteilt, dass der Sanierungsplan, aufgrund der Ergebnisse der Gutachten, nicht genehmigt würde. Dr. Kallert führte weiterhin aus, dass sowohl er, als auch das Landesbergamt, keine Maßnahmen gegen diese Entscheidung ergreifen würden, da auch sie die Schlussfolgerungen der Gutachter teilen. Kurz Zusammengefasst heißt das: Der 8. Berg kommt nicht und unser jahrelanges Engagement hat sich gelohnt. Viele von uns werden sicherlich noch ein paar Tage brauchen, bis wir alle die Tragweite dieser guten Nachrichten realisiert haben. Wir freuen uns riesig über unseren Erfolg.

Wir möchten allen, die uns auf vielfältige Art und Weise unterstützt haben, vielen Dank, sagen.

Auch gilt unser Dank denjenigen, die an unserem Vorhaben gezweifelt haben. Das war ebenfalls für uns ein positiver Ansporn.

Die Bürgerinitiative Keine Altlasten im Leinetal wird sich jetzt nicht auflösen. Durch die Arbeit sind so viele Themen in Zusammenhang mit Desdemona hochgekommen, dass es dort noch das eine oder andere zu bearbeiten gibt. Auch werden wir das Gelände weiterhin im Auge behalten.

Jetzt ist aber erstmal Zeit zum Feiern und Entspannen. Im neuen Jahr geht es dann weiter.
gez. Guido Franke

Impressum:

Infobrief Die Unabhängigen im Landkreis Hildesheim – Heideweg 1– 31199 Diekholzen, Uwe Steinhäuser – Ulrich Bantelmann

Sekretariat: fon 05121 3092771 – fax 05121 3092779 - mail vorstand@u-hi.de.

Die Auswahl der Informationen in diesem Newsletter erfolgte mit größter Sorgfalt. Eine Haftung für die Richtigkeit kann nicht übernommen werden. Sie wollen den Infobrief nicht mehr erhalten oder sich anmelden -> Bitte eine E-Mail an: vorstand@u-hi.de